



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

06.12.01

Haushalt 2002

#### Presseerklärung

Das drohende Haushaltsloch von bis zu 230 Millionen DM ist aus eigener Kraft nicht auszugleichen. Die Haushaltskonsolidierung in einem Zeitraum von 5 Jahren zu gewährleisten, ist nahezu utopisch. Da aber absehbar ist, daß es keine Verlängerung des Zeitrahmens für die Haushaltskonsolidierung gibt, muss mit aller Kraft verhindert werden, dass der Rat das Heft des Handelns aus der Hand geben muß und die Bezirksregierung die zwangsweise Konsolidierung durch die Streichung von freiwilligen Aufgaben vornimmt.

In dieser Situation ist der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf einschließlich der Vorschläge zur Haushaltssicherung absolut unzureichend. Es scheint, als wäre es der Verwaltungsspitze recht, wenn Einschnitte im sozialen und kulturellen Leben nicht von ihr verantwortet werden müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für zwingend notwendig, dass in dieser dramatischen Situation alles getan wird, die kommunalen Handlungsspielräume im Interesse der Aufrechterhaltung originärer Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu erhalten. Das erfordert aus unserer Sicht zum einen gemeinsame Aktivitäten der Kommunen, die in besonderer Weise von Strukturproblemen betroffen sind. Wir werden in den Haushaltsberatungen erneut ein Sonderförderprogramm für strukturschwache Kommunen einfordern. Dieses Sonderförderprogramm muß unabhängig von Inkrafttreten der Gemeindefinanzreform initiiert werden, um ein weiteres Anwachsen der Verschuldung zu verhindern.

Eine Nicht-Verlängerung des Haushaltskonsolidierungszeitraumes erfordert verstärkte Anstrengungen, durch Vermögensveräußerungen Schuldenabbau zu betreiben. Nur so besteht eine Chance, eine aufgabengerechte Finanzierungsbasis zu erhalten und den entsprechenden Handlungsspielraum zumindest zu erweitern.



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Längerfristig ist auch eine Anpassung an sinkende Bevölkerungszahlen notwendig. Dieser auch nicht durch das dortmund-project wegzuredende absehbare Schrumpfungsprozess betrifft infrastrukturelle Einrichtungen und kommunal vorzuhaltende Leistungen gleichermaßen.

Die personalwirtschaftlichen Erfolge der Haushaltskonsolidierung sind vor diesem Hintergrund fortzusetzen. Rationalisierungsbemühungen müssen angesichts der ausgedünnten Personaldecke durch Aufgabenkritik, Neuorganisation von Verwaltungseinheiten und ämterübergreifende Strukturreformen gesteuert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden verlangen, dass die Verwaltungsreform beschleunigt vorangetrieben wird. Dies gilt in besonderer Weise für fachbereichsübergreifende Steuerungselemente, die unseres Erachtens nur unzureichend funktionieren bzw. wahrgenommen werden. Budgetierung in den Fachbereichen macht noch keine Verwaltungsreform aus.

Gerade in Zeiten der knappen Kasse muss die Verwaltungsspitze gemeinsam mit der Politik in der Lage sein, kommunal wahrzunehmende Aufgaben zu benennen und eine effektive Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten. Das erfordert eine systematische Erfassung von Synergieeffekten und Schnittstellen sowie entsprechende Umstrukturierungsprozesse, die vor allen Dingen darauf abzielen müssen, überflüssige Hierarchieebenen abzubauen und personelle Ressourcen durch Zusammenführung von Kompetenz optimal zu nutzen.

Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sollte ebenfalls beschleunigt werden. Es ist nicht einzusehen, dass nur die Ämter des Dezernates 1 Pilotfunktion übernehmen. Sinnvoll wäre die sofortige Einbeziehung weiterer Fachbereiche, die zur Erprobung geeignet sind.

Konkret werden wir vorschlagen:

1. Verlagerung des Stadtbahnbauamtes zu den Stadtwerken, wobei eine Übernahme des jetzt noch städtischen Zuschusses und des kommunalen Anteils bei Stadtbahnbaumaßnahmen gewährleistet sein muß. Auf der Grundlage eines aktualisierten Konzeptes zur Vervollständigung des Stadtbahnsystems soll die Auflösung baldmöglichst in die Wege geleitet werden.
2. Schnittstellenuntersuchung und Nutzung von Synergieeffekten im Sozial- Gesundheits- und Jugendbereich: Wir werden die Verwaltung aufzufordern, Vorschläge zur Integration der derzeitigen Aufgabenbereiche des Gesundheitsamtes in die Sozialverwaltung vorzulegen. Mögliche Einsparpotentiale sollen unter anderem dazu genutzt werden, die Arbeit der Beratungsstelle für Behinderte und chronisch Kranke aufrechtzuerhalten.
3. Schnittstellenuntersuchung und Nutzung von Synergieeffekten im Planungs, Bauordnungs- und Wohnungsamt: Mittelfristig ist eine Verlagerung der Aufgaben des



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Wohnungsamtes auf andere Verwaltungseinheiten denkbar. Auch hier sollen entsprechende Vorschläge vorgelegt werden.

4. Die Servicestelle für mittelständische Unternehmen, die auch auf eine Neuorganisation von Aufgaben abzielt, findet prinzipiell unsere Zustimmung.
5. Zukunft der Bezirksverwaltungsstellen: Als GRÜNE setzten wir uns seit jeher für dezentralisierte Aufgabenwahrnehmung ein. Von daher werden wir keiner Zusammenlegung von Verwaltungsstellen zustimmen, solange unklar ist, welche Aufgaben zukünftig bewältigt werden müssen. Aufgabenkritik muss auch hier stattfinden. Wenn es Bereiche dezentralisierter Aufgabenwahrnehmung gibt, die sinnvoller und preisgünstiger zentral durchgeführt werden können, so müssen entsprechende Änderungen durchgeführt werden. Bei sinkender Bevölkerungszahl ist gegebenenfalls auch an eine Reduzierung von Verwaltungsstellen zu denken. Solange die Anforderungsprofile für BezirksverwaltungsstellenleiterInnen nicht definiert sind, werden wir einer Anhebung der Besoldungsgruppen nicht zustimmen. Der zusätzlichen Einrichtung von halben Stellen werden wir nur dann zustimmen, wenn die Kräfte aus der „Zentrale“ abgezogen werden können.

Wir werden alle Massnahmen zur Haushaltssicherung ablehnen, die wir sozial für unverantwortlich halten, minimale Einsparpotentiale enthalten oder lediglich „Luftnummern“ sind, um das Bemühen der Verwaltung zu dokumentieren.

- Das bedeutet, keiner willkürlichen Schließung von Kinderspielplätzen zuzustimmen, die noch dazu nicht vermarktbare sind, ohne dass die Situation in den Stadtbezirken hinreichend geklärt ist.
- 15.000,- DM Mittel für den Solidaritätsfonds zu kappen, gehört in die Kategorie der Sparvorschläge, die angesichts des Haushaltsdefizites einerseits lächerlich sind, andererseits vergleichsweise grosse Härten für benachteiligte Menschen beinhalten.
- Nicht mittragen werden wir die Schließung der Beratungsstelle für Behinderte und Chronisch Kranke im Gesundheitsamt und die Schliessung der Subventionierung des Mittagstisches an einer Körperbehindertenschule.
- Dies Streichung des Zuschusses für den Ring politischer Jugend werden wir ebenfalls ablehnen.

Diese Sparvorschläge sind symptomatisch für falsch verstandene Aufgabenkritik.

Aus unserer Sicht ist es dagegen vertretbar, durch solche Aktionen wie dem US-Lease-Verfahren dem Haushalt 7-8 Millionen zuzuführen oder aber- wie schon lange von uns gefordert – RWE-Aktien zu veräußern, um das Haushaltsdefizit zu verringern.



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Wir werden darüber hinaus beantragen, dass Grundstücke im Umfeld des Flughafens, die noch nicht im Eigentum der Flughafen GmbH bzw. der Stadtwerke sind, an diese übertragen werden.

Investitionen sollten nicht in Großprojekte mit enormen Folgekosten fließen, sondern sind vor allen Dingen für die Beseitigung von Sanierungsstaus einzusetzen. Vorrangig ist hier die Abwicklung der Projekte im Rahmen der Schulraumsanierung, die wir weiter intensiv politisch begleiten werden, um eine zügige Abarbeitung zu gewährleisten.

Wer werden uns weitergehenden Sparvorschlägen nicht verschliessen, wenn klar ist, wohin die Kommune steuert und wenn gewährleistet ist, dass alle Anstrengungen unternommen werden, auch in Zukunft gesellschaftlich notwendige und sozial ausgleichende Aufgaben wahrzunehmen.